

## Dresden Nazifrei, auch Oberhavel ist dabei!

### Am 18. Februar - aus Oberhavel nach Dresden

Busabfahrt 4.30 Uhr ab Oranienburg Bahnhof, danach weiterer Stopp in Hennigsdorf um 5.00 Uhr. Tickets für den Bus gibt es für 10 € ab dem 21. Januar in der Geschäftsstelle der LINKEN, im Internet unter [ohv-nazifrei.de](http://ohv-nazifrei.de) oder bei unseren Veranstaltungen.

Am **30.01.2012** findet um 19.00 Uhr eine Infoveranstaltung in der *Volkssolidarität Hohen Neuendorf in der Berliner Strasse 35*, am **04.02.2012** um 10.00 Uhr eine Infoveranstaltung in der *Volkssolidarität Hennigsdorf in der Berliner Str. 24* und am **11.02.2012** um 16.00 Uhr die Vorbereitungsveranstaltung in *Oranienburg in der Straßburger Str. 24* statt.

Noch mehr Informationen, Hintergründe und Tipps: <http://dresden-nazifrei.com>



## Mitgliederentscheid

### Zustimmung zum Parteiprogramm

Das Ergebnis des Mitgliederentscheids mit einer Zustimmung zum neuen Parteiprogramm von 96 Prozent ist beachtlich. Ein wenig Sorge macht mir die Beteiligung. Liegen wir in Oberhavel mit 55 Prozent Beteiligung zwar über dem Bundesdurchschnitt, der bei 47 Prozent liegt, ist der Landesdurchschnitt mit 64 Prozent doch deutlich besser. Bitte wertet den Mitgliederentscheid bei eurer nächsten Basisversammlung aus und teilt mir mit, wie wir beim nächsten Mitgliederentscheid, die Beteiligung erhöhen können. Sah es bis vor kurzem so aus, als ob in naher Zukunft erneut die Mitglieder befragt würden, steht seit dem 12. Januar 2012 fest, dass der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) den Antrag auf Mitgliederentscheid über den Vorsitz der Partei, den der Landesverband Mecklenburg Vorpommern eingebracht hatte, für nicht zulässig erklärt. Er ist, so die Mehrheit des GBV, mit der Satzung

und der Ordnung für Mitgliederentscheide der Partei nicht vereinbar. In der Sofortinformation auf der Seite [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) wird umfänglich über die Sitzung informiert. Unter [www.bodo-ramelow.de](http://www.bodo-ramelow.de) kann man unter Texten die Wortmeldung an den Parteivorstand von Bodo Ramelow lesen. In dieser wird deutlich, dass der GBV vor dem Erfurter Parteitag einen Mitgliederentscheid als Mitgliedervotum zur Personalfindung, z.B. unserer Doppelspitze, für möglich und zulässig gehalten hat. Weiter schreibt Gen. Ramelow „Gerade da begleitend zu den Mitgliedervoten eine Ordnung erlassen werden sollte, war es für mich als Parteitagsdelegierten von Interesse, ob ich einen entsprechenden Antrag noch dem Parteitag zuleiten müsste, damit das höchste aller Gremien - nämlich der Bundesparteitag - selber darüber befinden kann, ob ein solches Mitgliedervotum zulässig sei und in welchem

Rahmen es ermöglicht werden kann. Politisch - und da verweise ich gern auf meine mehrfach getätigten öffentlichen Äußerungen - habe ich mich für ein Mitgliedervotum engagiert, und zwar ausdrücklich unabhängig von den jeweiligen Kandidaten, Strömungen oder regionalen Herkünften.“ In einem Artikel im Freitag spricht sich die Vorsitzende der LINKEN, Gesine Löttsch, eindeutig für einen Mitgliederentscheid aus. Unter der Überschrift "Raus aus den Hinterzimmern" heißt es, „DIE LINKE verhält sich häufig konservativer und patriarchalischer als andere Parteien - sie muss sich ändern“. Auch diesen Artikel kann man unter [www.freitag.de](http://www.freitag.de) im Netz lesen. Der Kreisvorstand der LINKEN Oberhavel hat sich im Dezember mehrheitlich gegen einen Mitgliederentscheid zur Personalfindung ausgesprochen. Wir werden weiter über dieses Thema diskutieren müssen. *R. Wunderlich*

# Dresden Nazifrei 2012 am 18. Februar

## Was geht uns das an?



Protest gegen die Vorgehensweise staatlicher Stellen Bild:PR.Photography

Bis 2009 fand in Dresden jährlich der größte Naziaufmarsch Europas statt. Mit "Trauermärschen" versuchten die Neonazis einen Opfermythos rund um die Bombardierung Dresdens dem von ihnen sogenannten „Bombenholocaust“ am 13. Februar 1945 zu etablieren. Im Jahr 2009 waren es dann mehr als 7000 Nazis, die ihren unerträglichen Spuk im Herzen Dresdens veranstalteten. Wie wir heute wissen, waren dabei auch die Terroristen der Zwickauer Zelle und viele bekannte Nazigrößen aus ganz Europa unter den Teilnehmern. Der jährliche Aufmarsch wurde von den Nazis zu einem Symbol stilisiert, das ihnen scheinbar niemand nehmen konnte.

Im schwierigen politischen Umfeld der Länder Sachsen und Thüringen gelang es der Zivilgesellschaft nur schwer, ein deutliches Zeichen zu setzen. Der Streit über Aktionsformen und Ziele machte ein gemeinsames und erfolgreiches Vorgehen scheinbar unmöglich. Seit 2010 ist dies anders. Im Rahmen der Vorbereitungen gelang es das Bündnis "Dresden Nazifrei" zu schmieden. In diesem verständigten sich Initiativen über kulturelle und politische Unterschiede hinweg auf ein gemeinsames Ziel. Der

Naziaufmarsch sollte komplett verhindert werden. Auch zu den Aktionsformen konnte ein Konsens gefunden werden. Massenblockaden sollten als letzte gewaltfreie Mittel des Protestes helfen, dem braunen Spuk ein Ende zu bereiten. Und das gelang: Aus dem ganzen Bundesgebiet reisten bis zu 20.000 Menschen an und setzten die Nazis bereits am Bahnhof fest. In eisiger Kälte harrten die Gegner des Aufmarschs so lange aus, bis die Polizei die Rechtsextrernen nach Hause schicken musste.

Das hier praktizierte gemeinsame Vorgehen wurde zu einem Vorbild für den Umgang mit Naziaufmärschen im ganzen Land. Für die sächsische Justiz hingegen, war dies ein Anlass mit allen Mitteln der Repression, gegen Nazigegner vorzugehen. Noch am Abend der erfolgreichen Blockade überfielen Sondereinsatzkommandos mit Maschinenpistolen der sächsischen Polizei das Haus der Demokratie, in dem sich unter anderem die Geschäftsstelle der Linken befand. Im Nachgang wurden die Räume des Pfarrers König in Jena durch die sächsische Polizei durchsucht und Jugendzentren in Dresden von Polizeieinheiten überfallen. Die Immunität des

sächsischen Fraktionsvorsitzenden der LINKEN, André Hahn, wurde mit den Stimmen von CDU, NPD und FDP aufgehoben. Das geschah offenbar alles mit dem Ziel, künftige Gegendemonstrationen und Aktionen zu verhindern und mögliche Teilnehmer daran einzuschüchtern. Die Aktivitäten des Freistaates Sachsen fasste 2011 Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse treffend zusammen: „Die Polizei ist halt vollauf damit beschäftigt, die Neonazis zu schützen. Das ist sächsische Demokratie.“

Vor diesem Hintergrund ist Dresden Nazifrei 2012 wiederum mehr als "nur" der Gegenprotest zu einem lokalen Naziaufmarsch. Es besteht die Chance, zu beweisen, dass es sich hierbei auch um ein friedliches und gewaltfreies Mittel zum effektiven Verhindern von Naziaufmärschen handelt. Es besteht die Chance zu zeigen, dass da, wo Menschen mit demokratischer Gesinnung in gemeinsamen Aktionen zusammen stehen, Nazis keine Chance haben. Aus diesem Grund ist es auch an uns, den Aufruf der Partei DIE LINKE, Bündnis 90/ Die Grünen, Linksjugend [\*solid], Piratenpartei, Jusos, GEW, ver.di, Aktion Sühnezeichen und vielen anderen Gruppen aus Politik, Religion, Kultur und Gesellschaft zu unterstützen. Nehmen wir den Aufruf u.a. unterzeichnet von Petra Pau, Klaus Ernst, Gesine Löttsch, Gregor Gysi, Wolfgang Thierse, Andrea Nahles, Claudia Roth, Konstantin Wecker und Volkers Pispers zum Anlass und fahren wir am 18. Februar gemeinsam nach Dresden!

Der Aufruf des Bündnisses findet sich auf [www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com).

Ein Bericht vom Chaos Communication Congress zu Repression und Überwachung mit vielen Hintergründen findet sich unter dem Titel "Sachsen dreht frei" unter: <http://www.youtube.com/watch?v=5XRSSAZFPJ4>

E. R.

# Aus dem Kreisvorstand

## DIE LINKE wird Anlaufstelle des Oranienburger Registers

Auf seiner konstituierenden Sitzung am 13. Dezember 2011 beschloss der neue Kreisvorstand der LINKEN, zukünftig Anlaufstelle für das Oranienburger Register zu werden. DIE LINKE in Oberhavel unterstützt damit die Initiative des Forums gegen Rassismus und rechte Gewalt in Oranienburg, das auf diesem Weg den „alltäglichen Rassismus“ dokumentieren will. Dazu soll die Erfassung von rassistischen, antisemitischen, diskriminierenden und rechtsextremistisch motivierten Vorfällen gehören genauso wie Propaganda dieser Art.

„Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Erkenntnisse zur rechtsextremen Terrorzelle und den offenkundigen Versäumnissen von Behörden, begrüßen wir die Initiative des Forums. Es sollte für jede Bürgerin und jeden Bürger unkompliziert und schnell möglich sein, Informationen weiterzugeben und beunruhigende Vorfälle zu melden.“, so Stefanie Rose, stellvertretende Kreisvorsitzende und verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit des Kreisverbandes. „DIE LINKE fordert die Stärkung der Rolle der Zivilgesell-

schaft auf allen Ebenen. Die Rolle von unabhängigen Stellen, die dokumentieren und beobachten, wird notwendiger denn je, um die Gesellschaft autark gegen rassistische Einstellungen zu machen“.

Der Vorstand sprach sich ebenfalls einstimmig dafür aus, das Bündnis Dresden Nazifrei zu unterstützen, welches für die Blockade der Neonazidemo am 18. Februar 2012 in Dresden mobilisiert.

R.R.

## Arbeitsplan für das 1. Halbjahr beschlossen

Der Kreisvorstand der LINKEN Oberhavel beschloss am 17. Januar seine politischen Vorhaben für das erste Halbjahr 2012. Die thematischen Schwerpunkte der Vergangenheit bleiben. „Wir werden im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit weiter Gesicht zeigen und deshalb unter anderem das Bündnis Dresden Nazifrei am 18. Februar unterstützen und wieder zur Antirassismuswoche präsent sein“, so die stellvertretende Kreisvorsitzende Stefanie Rose.

Auf dem Arbeitsplan stehen außerdem die Fortsetzung der in 2011 erstmalig durchgeführten kommunalpolitischen

Konferenz, eine seniorenpolitische Konferenz sowie eine Veranstaltung mit dem brandenburgischen Finanzminister, Helmuth Markov bzw. seiner Staatssekretärin, Daniela Trochowski, zu Fragen der rot-roten Finanzpolitik - auch im internationalen Kontext. Mit einer Lesung und Ausstellung zu Karl Marx und dem „Tanz in den Mai“ wird DIE LINKE Oberhavel auch für kulturelle Ereignisse sorgen.

Neben diesen politischen Veranstaltungen wird der Umzug der Kreisgeschäftsstelle in die Bernauer Straße ein wichtiger Schritt in diesem Halbjahr sein. „Die Vorbereitungen dazu sind in

vollem Gange. Im Rahmen eines 'FrühLINKSempfangs' am 19. März sollen die neuen Räume der Öffentlichkeit vorgestellt werden.“

Weiter standen Beschlüsse, wie die Geschäftsordnung und die Finanzordnung auf der Tagesordnung. Letztere wird in den nächsten Tagen aktualisiert gedruckt und den Basisvorsitzenden zugeleitet. Auch der Umgang mit den Mitgliederdaten wurde neu vereinbart. Wie Stefanie Rose weiter mitteilte, hat der Kreisvorstand die Namensfindung für die neue Geschäftsstelle der Basis übergeben.

R.R.

### \*\* Stellenangebote \*\*

#### Umzugshelfer

Wir suchen für den 25. Februar 2012 Helfer für den Umzug unserer Kreisgeschäftsstelle in die Bernauer Straße 71. Bitte meldet euch unter 03301200996 oder [info@die-linke-ohv.de](mailto:info@die-linke-ohv.de). Du möchtest helfen, kannst aber am 25. nicht? Wir werden im Vorfeld des 25. bereits mit dem Umzug beginnen. Helfer für das Packen der Umzugskisten werden in der Woche vom 19.02. bis 24.02.2012 gesucht. Frag einfach bei Regina oder Ralf nach.

#### Geschäftsstellendienst

Wir suchen Mitglieder die bereit sind, in regelmäßigen Abständen die Absicherung unseres Geschäftsstellendienstes zu übernehmen. Zu den Aufgaben gehören z.B. der Telefondienst, die Bearbeitung der Post, die Beantwortung bzw. Aufnahme von Bürgeranfragen und die Unterstützung der organisatorischen Arbeit des Vorstandes. Interessenten melden sich unter 03301200996 oder [info@die-linke-ohv.de](mailto:info@die-linke-ohv.de).

### Name gesucht!

Wie soll sie denn nun heißen – unsere neue Geschäftsstelle? Erste Vorschläge liegen schon auf dem Tisch: Bürgerzentrum, Roter Laden und Linkstreff sind erste Ideen. Der Kreisvorstand ruft alle Mitglieder zur Namensfindung der neuen Kreisgeschäftsstelle auf. Bitte sendet eure Namensvorschläge per Mail an [info@die-linke-ohv.de](mailto:info@die-linke-ohv.de), per Fax an 03301200999 oder postalisch (siehe Impressum Seite 5) bis zum 04. März 2012 zu.

# Thälmannplatz in Hohen Neuendorf entwidmet!

## Der Antrag

Eingereicht hatte den Antrag die CDU unter dem Vorwand, den Thälmannplatz künftig nach der Partnerstadt Müllheim benennen zu wollen. Im Jahr 2012 feiern Hohen Neuendorf und Müllheim das 20-jährige Bestehen der Partnerschaft, weshalb seit Wochen im Partnerschaftskomitee intensive Vorbereitungen laufen. Den Antrag auf Umbenennung wollten jedoch weder die CDU, noch der Vorsitzende des Partnerschaftskomitees Fred Bormeister (SPD/FDP) in jenem Komitee behan-



Bild: L. Lüdtkke

deln. Warum wohl? Vielleicht weil dann bessere Standorte für eine Würdi-

gung der Städtepartnerschaft empfohlen worden wären. Doch dazu später mehr, denn schließlich geht es bei dem Antrag nur scheinbar um die Partnerstadt. Die eigentliche Intention des An-

Ernst Fritz Johannes Thälmann (\* 16. April 1886 in Altona; † 18. August 1944 im KZ Buchenwald) war von 1924 bis 1933 Mitglied des Reichstages der Weimarer Republik, sowie von 1925 bis 1933 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Er trat für die KPD 1925 und 1932 als Kandidat für die Reichspräsidentenwahlen an. 1933 wurde er von der Gestapo verhaftet und nach elf Jahren Isolationshaft 1944 auf direkten Befehl Adolf Hitlers erschossen.



Bild: Wikipedia

trages ist es, die Siegerjustiz walten zu lassen und den Namen Thälmanns allmählich aus dem Stadtbild sowie aus den Köpfen zu streichen. Vorgegangene Anfragen der CDU-Landeschefin Ludwig im Landtag sowie Schreiben an die Bürgermeister der brandenburgischen Kommunen belegen dies. Die An-

fragen haben letztlich immer den gleichen Inhalt: Wo gibt es noch wieviele Straßen, die nach Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten benannt sind? Das Ziel ist ebenfalls immer gleich: Diese Namen sollen verschwinden!

## Die Debatte

Im Dezember befasste sich die Stadtverordnetenversammlung mit dem Antrag. Der Antragssteller hoffte, ohne Diskussion abstimmen zu können. Doch die Abgeordneten der LINKEN machten diese Hoffnung schnell zunichte. Zuerst fragte Lukas Lüdtkke: „Geht es hier wirklich um einen Müllheimer Platz oder wollen Sie nicht nur den Thälmannplatz entwidmen?“ Er verwies darauf, dass eine Debatte im Partnerschaftskomitee verweigert wurde und forderte vom Antragssteller, den Antrag zu vertagen. Außerdem nannte Lüdtkke mehrere repräsentative Plätze, die bisher namenlos sind, darunter der Rathaus- und der Bahnhofsvorplatz. Die Debatte war somit eröffnet. Die Abgeordneten erkannten, dass es ihnen nicht gelingen wird, Thälmann unter dem Vorwand der guten Städtepartner-

schaft verschwinden zu lassen. Also bemühte man sich, die Person Ernst Thälmann zu verunglimpfen und somit die Entwidmung doch noch zu rechtfertigen. Thälmann sei kein Demokrat gewesen, die SED habe ihn zur Ikone hochstilisiert und überhaupt reiche der „Opferstatus“ (d.h. 12 Jahre KZ mit anschließender Ermordung!) nicht aus, um nach ihm einen Platz zu benennen. Wenige Monate zuvor wurde in Hohen Neuendorf gegen den Willen der Angehörigen ein Platz nach der Mauertoten Marienetta Jirkowsky benannt – damals war der „Opferstatus“ nicht nur ausreichend, sondern der einzige Grund. Für die Fraktion DIE LINKE beantragte Manfred Tittelbach eine namentliche Abstimmung. Im Ergebnis waren Bürgermeister Klaus-Dieter Hartung und die Abgeordneten der LINKEN die einzigen, die gegen den Antrag stimmten, der Einzelabgeordnete Matthes enthielt sich. Erschreckend ist, dass auch

die Abgeordneten der SPD für die Entwidmung gestimmt hatten. Anzumerken ist dabei, dass die Mehrheit der SPD-Abgeordneten gar nicht zu Sitzung erschienen war und die SPD Hohen Neuendorf als drittstärkste Partei eine Fraktionsgemeinschaft mit der FDP bildet. Der FDP-Abgeordnete fehlte an diesem Abend jedoch unentschuldig, meldete sich aber einige Tage später lautstark zu Wort. In einer persönlichen Erklärung verwiesen die Abgeordneten der LINKEN nach der Abstimmung explizit darauf, nicht gegen einen Müllheimer Platz, sondern gegen die Entwidmung des Thälmannplatzes gestimmt zu haben. Ein Abgeordneter der LINKEN, der 22-jährige Lukas Lüdtkke, wurde aus den Reihen der CDU daraufhin als Stalinist beschimpft - dies war der traurige Höhepunkt des Abends.

# Die Reaktionen

Der ehemalige Hohen Neuendorfer und Schriftsteller Jürgen Rennert erhob in einem Brief an die Abgeordneten Einspruch gegen die Umbenennung:

## Einspruch!

Als ehemaliger Einwohner von Hohen Neuendorf und Bürger der Bundesrepublik Deutschland erhebe ich Einspruch gegen Ihre Mehrheitsentscheidung, dem vom einstigen Adolf-Hitler- in Thälmannplatz umbenannten Gelände seinen Namen zu nehmen. ein Who's

Who deutscher und europäischer Literatur-, Geistes- und Widerstandsgeschichte liest, finden sich die Namen von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Käthe Kollwitz, Heinrich Heine, Kurt Tucholsky, Ernst Toller, Adolf Damaschke, Emile Zola, Henri Barbusse, Maxim Gorki, August Bebel, Wilhelm Külz, Rudolf Breitscheid, Otto Scharf-schwerdt, Bernhard Bästlein, Anton Saefkow und anderen. Namen, deren Träger im nationalsozialistischen „Dritten Reich“ großenteils kriminalisiert wurden und deren bloße Erwähnung mehr als unerwünscht war. Ich hoffe,

dass meine schlimmen Befürchtungen sich nicht bewahrheiten werden. Denn ich baue auf Ihre Vernunft und auf Ihre Bereitschaft, sich - vor allen von Ihnen zu treffenden Entscheidungen - wirklich sachkundig zu machen. Im Fall der von Ihnen bereits getroffenen Entscheidung, bitte ich Sie um ein nochmaliges Überdenken. Es liegt in Ihrer Hand, diese Entscheidung rückgängig zu machen. Auch das gehört zu den Vorzügen unserer im Grundgesetz verbrieften freiheitlich demokratischen Grundordnung.

## FDP: Kommunisten der übelsten Sorte!

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD/FDP-Fraktion Christian Erhardt Maciejewski (FDP) antwortete auf das oben abgedruckte Schreiben von Jürgen Rennert: „Herzlichen Dank für Ihre Anregungen, weitere Namen von Kommunisten der übelsten Sorte aus dem Straßenregister zu löschen. Gerne bin ich weiter aktiv, um diese faschistoiden, menschenverachtenden Personen nicht weiter in unserem Stadtbild namentlich erwähnen zu müssen. An ihre Stelle könnten die Namen wirklicher Freiheitskämpfer gegen Unterdrückung und Kommunismus Einzug ins Straßenregister finden.“

## SPD arbeitet weiter mit den freien Radikalen der FDP

Die Tatsache, dass der FDP-Abgeordnete mit dem die SPD eine Fraktionsgemeinschaft bildet, Zola, Külz, Breitscheid und andere als faschistoiden, menschenverachtenden Personen und Kommunisten der übelsten Sorte beschimpfte, schmeckte selbst der Hohen Neuendorfer SPD nicht mehr. Trotzdem beschlossen der Vorstand (einstimmig) und die Fraktion (mehrheitlich), dass man weiter mit der FDP koalitiert.

Ernst Thälmann - Filmvorführung mit anschließender Diskussion am 10. 02.2012 um 19 Uhr im Weißen Hirsch in Borgsdorf, Friedensallee 2

## Hartung spielt nicht mehr mit

Die Äußerungen von Christian Erhardt-Maciejewski (FDP) veranlassten Bürgermeister Klaus-Dieter Hartung (DIE LINKE) dazu, seine Zusage zum Preisskat der FDP am 15. Januar zurückzuziehen. Die FDP und ihre Vorgängerpartei LDPD veranstaltet nach eigenen Angaben dank der Initiative des Liberalen Ulrich Tornow seit 40 Jahren jährlich ein solches Turnier.



## Impressum / Kontakt

Die Kreisinfo ist eine Mitgliederinformation der Partei DIE LINKE in Oberhavel und wird herausgegeben von der Redaktion Rote Reporter beim Kreisvorstand.

**V.i.S.d.P.: Gerrit Große** / Satz: Regina Friedemann

Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare werden nicht gewährt. Die Redaktion behält sich die redaktionelle Überarbeitung und Kürzung vor.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 7. Februar 2012. Am 8. Februar 2012 trifft sich die AG Rote Reporter um 18.30 Uhr in der Geschäftsstelle Straßburger Str. 24 in Oranienburg

### Kontakt zur LINKEN in Oberhavel

Beiträge sind einzusenden an:

DIE LINKE. Oberhavel; - Redaktion Rote Reporter - Straßburger Straße 24; 16515 Oranienburg;

Email: [kreisinfo@die-linke-ohv.de](mailto:kreisinfo@die-linke-ohv.de)

Geschäftsstelle: **03301 20 09 90**

Email: [info@die-linke-ohv.de](mailto:info@die-linke-ohv.de)

Kreisgeschäftsführer: **0171 93 01 616**

Email: [geschaeftsfuehrer@die-linke-ohv.de](mailto:geschaeftsfuehrer@die-linke-ohv.de)

Im Internet ist unsere Mitgliederzeitschrift unter [www.dielinke-oberhavel.de](http://www.dielinke-oberhavel.de) erhältlich.

# Personalien

## Hohen Neuendorf

Zum 1. Januar gab es in der Hohen Neuendorfer LINKEN einige personelle Veränderungen. Manfred Tittelbach legte sein Amt als Fraktionsvorsitzender nieder, welches er seit September 1993 innehatte. Er bleibt jedoch weiterhin Stadtverordneter sowie Mitglied des Haupt- und des Sozialausschusses.



*Der Bergfelder Jürgen Krause hat sein Mandat niedergelegt.*

*Bild DIE LINKE. OHV*

Sein Mandat niedergelegt hat der Bergfelder Abgeordnete Jürgen Krause. Wir danken Manfred Tittelbach und Jürgen Krause für ihre jahrzehntelange und verdienstvolle Arbeit für die Partei, die sicherlich noch lange nicht beendet ist! Die Fraktion wählte den bisherigen Stellvertreter Lukas Lüdtker einstimmig zum neuen Fraktionsvorsitzenden. Ins Parlament wird Bianca Leonhardt nachrücken, die bisher als sachkundige Einwohnerin im Finanzausschuss tätig war. Aufgrund ihrer gründlichen und zuverlässigen Arbeit im Ausschuss wählte die Fraktion sie zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Neue sachkundige Einwohnerin im Finanzausschuss wird Jenny Hönicke, die vergangenen Jahr neu in DIE LINKE eingetreten war.

## Neuwahl des Vorstandes der Basisorganisation Mühlenbecker Land am 6. Dezember 2011

Im Bericht zur Arbeit des Vorstandes und zum Auftreten der LINKEN-Ortsgruppe sprach der bisherige Vorsitzende, Günter Pioch, hauptsächlich über die Arbeit der Ortsgruppe in der Gemeinde.

Aus der Analyse der Aktivitäten entwickelte er Schwerpunkte, wie man die Arbeit zukünftig anlegen muss, nämlich präziser, effektiver und vor allem wahrnehmbarer. Er hob das Problem der Mitgliederentwicklung ganz besonders hervor. Der Trend der Überalterung wird dazu führen, dass in Kürze kaum noch Mitglieder da sind, die kommunale Mandate oder Parteiämter ausfüllen können, wenn es uns nicht gelingt, neue Mitglieder zu werben.

Sich um die Jungen zu kümmern – das wird in den folgenden Monaten unsere Aufgabe Nr. 1.

In der Diskussion zu diesem Bericht kam dazu die Forderung, jede Mitgliederversammlung zu nutzen, um den Stand der Mitgliederwerbung anzusprechen. Konkret geht es um ein bis zwei Junge, die wir zur Kommunalwahl 2013 oder zur Wahl des Ortsvorstandes 2013 für eine Kandidatur vorberei-

ten könnten.

Günter Pioch unterbreitete in seinem Bericht den Vorschlag, dass für kommunalpolitische und politische Schwerpunktthemen einzelne Genossinnen und Genossen der BO eine bestimmte Verantwortung tragen und sich federführend darum kümmern, dass wir wichtige Themen immer im Auge haben.

In der Aussprache zum Bericht gab es hierzu zahlreiche gute und unterstützende Bemerkungen und Anregungen. Es wurde eine Willensbekundung gegen Rechts beschlossen.

Zur Wahl in den neuen Vorstand traten 5 Genossinnen und Genossen an, die anschließend von den 23 Anwesenden auch gewählt wurden.

Es wurden gewählt zum Vorsitzenden: Günter Pioch (23 Stimmen), zum stellv. Vors.: Alf Göllnitz (22), zu Mitgliedern des Vorstandes: Elke Nordalm-Dobbert (21), Vera Perleberg (23) und Mike Rennspieß (22).

Der Kreisvorstand wünscht viel Erfolg.

**Wir gratulieren!**

**Nur in der Printausgabe!**

# Die Rezension

## Nach „Empört Euch!“ nun „Engagiert Euch!“ - Stéphane Hessel's Gedanken über notwendige Veränderungen und politisches Engagement.

Sein Aufruf „Empört Euch!“ hat die Welt zu verändern begonnen. Wer kann das schon von sich sagen, aber Stéphane Hessel's flammender Appell an unsere Kraft zum Widerstand bewegte sicherlich Tausende, wenn nicht Hunderttausende. „Occupy“ und andere Bewegungen des symbolträchtigen Kampfes um die öffentlichen Räume in den Metropolen der Welt folgten, nachdem der Diplomat und Résistancekämpfer Hessel mit einem publizistischen Frontalangriff auf die Herrschaft des großen Geldes und der Folgen seiner Despotie uns alle zum Handeln aufforderte. Nun legt der beinahe 95-jährige mit „Engagiert Euch!“ nach. Im Gespräch mit dem belgischen Journalisten Gilles Vanderporten konkretisiert Hessel die für ihn zentralen Kampffelder bürgerschaftlichen Widerstandes im Ringen um eine bessere und gerechtere Welt. „Für den größten Skandal halte ich die soziale Ungleichheit im Wirtschaftsleben, den Gegensatz von sehr arm und sehr reich in einer Welt, die zusammengewachsen ist“, hebt er auf S. 8 f. hervor. Weiterhin benennt er die „Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen“ als „die zweite große Herausforderung, überall und jetzt.“ (S. 13)

Gerade diese Überlebensfrage für uns alle könnte die Jugend von heute am stärksten mobilisieren: „Auch hier lässt sich das Gebot des Widerstandes konkretisieren: als Protest gegen die Umweltzerstörung der großen Ölgesellschaften, gegen den Raubbau an unseren Ressourcen, gegen die Sünden wider das Gebot der Nachhaltigkeit.“ (ebd.) Doch auch die Frage der Welternährung bleibt nicht ausgespart. Anstatt subventionierte Produkte aus der industriellen Landwirtschaft des Westens in die Entwicklungsländer zu exportieren, jenen durch monokulturellen Raubbau die Ernährungsgrundlagen zu zerstören und diese in eine weitere neokoloniale Abhängigkeit zu pressen, sollte dort bodennahe und auf Eigenversorgung setzende Landwirtschaft gefördert werden. Dies geht für Hessel nur „gegen die kommerziellen Raubritter der Weltwirtschaft“. (S. 15) Ihr verderbliches Treiben verurteilt er, wo immer er es kann: „Unsere Welt ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Sie ist seit der Weltkrise aus den Fugen geraten, von den großen Profiteuren des internationalen Finanzsystems destabilisiert. Sie muss so schnell wie möglich in eine Welt überführt werden,

die gerecht ist, in der alle gleich sind und jeder frei ist“. (S. 29) Stéphane Hessel, der Weise aus Frankreich, 1917 in Berlin geboren, schließt in seinem Leben auch mit dieser Schrift einen Kreis, der von der Résistance bis zum Widerstand heute reicht: Seine Vorschläge enthalten zentrale Forderungen, die eine breiteste Volksbewegung von der radikalen Linken bis zu wertkonservativen Kräften einbringen können, wie es im französischen Widerstand geklappt hat. Und Hessel gibt uns sogar noch Zuversicht mit auf den Weg: „Aus der Tatsache, dass mein Leben oft eine glückliche Wendung genommen hat, gestatte ich mir die Schlussfolgerung, dass es auch der Menschheit immer besser gelingen kann, selbst ihre größten Probleme zu meistern.“ (S. 39) Wie schon bei „Empört Euch!“ rate ich daher: Gleich in mehreren Exemplaren kaufen und an Bekannte und Freunde etc. verschenken.

Stéphane Hessel, Engagiert Euch! Im Anhang die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, Ullstein-Verlag, Berlin 2011, 3,99 Euro.

*Holger Czitrich-Stahl (Glienicke)*

## Erfolgreiche mobile Bürgersprechstunde

Zum Angebot der mobilen Bürgersprechstunden erklärt Torsten Krause, direkt gewählter Landtagsabgeordneter der Partei DIE LINKE:

Auch im Jahr 2012 finden die regelmäßigen, mobilen Bürgersprechstunden statt. Die Ausweitung der Sprechstunden auch auf den Nachmittagsbereich im vergangenen Jahr hat sich bewährt und wird wegen der guten Resonanz beibehalten. Seit Einführung der mobilen Bürgersprechstunde im Juli 2007 haben insgesamt 1550 Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit genutzt mit ihren Anliegen an mich und meine Mitar-

beiter heranzutreten. Oftmals waren wir in der Lage schnell und unkompliziert zu helfen. Besonders häufig nutzten die Templinerinnen und Templiner (246) gefolgt von den Granseerinnen und Granseern (234) dieses innovative Angebot.

Wegen des guten Zuspruches gibt es bereits zwei weitere mobile Sprechstundenangebote der LINKS-Fraktion im Brandenburgischen Landtag. Ähnliche Modelle werden von Michael Luthardt, direkt gewählter Landtagsabgeordneter für DIE LINKE im Barnim und von Peer Jürgens, direkt gewählter Land-

tagsabgeordneter für DIE LINKE im Landkreis Oder-Spree, realisiert. *R.R.*



*Torsten Krause vor dem Bürgermobil  
Bild: www.torstenkrause.eu*



## Aufwandsentschädigungen werden auf ALG II angerechnet

Mit diesem Problem wurde unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann in ihrer Bürgersprechstunde konfrontiert und wunderte sich darüber sehr. Schließlich handelt es sich bei Aufwandsentschädigung um zweckgebundene Einnahmen, mit denen Mehraufwendungen abgegolten werden sollen, beispielsweise die Arbeit von kommunalen Abgeordneten, die ehrenamtlich stattfindet oder der Aufwand bei der freiwilligen Feuerwehr oder der Aufwand von sachkundigen Einwohnern sowie der Aufwand von Trainern in Sportvereinen oder der Aufwand als Chorleiter.

Die ALG II VO führt hierzu aus: "Einnahmen aus Tätigkeiten, die nach § 3 Nummer 12, 26, 26a oder 26b des Einkommensteuergesetzes steuerfrei sind, werden wie Einnahmen aus Erwerbstätigkeit behandelt. Um der Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements Rechnung zu tragen, gilt jedoch ein erhöhter Grundfreibetrag von 175 Euro."

In der Antwort zur mündlichen Anfrage wurde nunmehr Frau Tackmann bestätigt, dass eine Anrechnung des um 175,00 € übersteigenden Betrages dann nicht stattfindet, wenn höhere Aufwendungen nachgewiesen werden.

**Es empfiehlt sich daher die Aufwendungen zu protokollieren.**

Aus meiner Beratungstätigkeit möchte ich noch darauf hinweisen, dass auch für diese Einnahmen das Zuflussprinzip gilt, dass heißt, diese Einnahmen werden in dem Monat angerechnet, in dem sie zufließen.

Hier empfiehlt es sich mit der Kommune oder dem Verein zu vereinbaren, dass die Aufwandsentschädigung monatlich ausgezahlt wird, damit die Aufwandsentschädigung nicht den Betrag von 175,00 € übersteigt.

*Michael Elte*

# Biopatente: Schwarz-gelb setzt Kalten Krieg im Bundestag fort

18.01.2012: „Der Linksfraktion wurde die Miteinreichung eines gemeinsamen Biopatente-Antrages durch die anderen Fraktionen verweigert. Dabei haben wir monatelang konstruktiv zusammengearbeitet. Grundlage der Ausgrenzung ist der Unvereinbarkeitsbeschluss der Unionsfraktion. Das offenbart ihre Defizite im demokratischen Grundverständnis und ist der obersten Volksvertretung unwürdig,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann den interfraktionellen Antrag zu Biopatenten, der am Donnerstag dieser Woche von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen eingebracht wird. Zur Grünen Woche 2011 gab es eine ge-

meinsame Pressemitteilung aller fünf Fraktionen. Im April 2011 hatten sich die FachpolitikerInnen des Agrarausschusses auf einen gemeinsamen Antragsentwurf geeinigt. Bis Dezember 2011 arbeitete die interfraktionelle Gruppe gemeinsam, danach wurde DIE LINKE kommentarlos entfernt. Tackmann weiter: „Die Linksfraktion setzt sich für ein Verbot von Biopatenten ein. Gene können entdeckt und bewundert, aber nicht privatisiert werden. Der interfraktionelle Antrag ist in der vorgelegten Endfassung ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, darum haben wir diesen Kompromiss auch

mit erarbeitet und würden ihn mittragen. Allerdings ist unter dem Einfluss von schwarz-gelb am Ende nur ein sehr kleiner gemeinsamer Nenner herausgekommen. Gentech-Biopatente oder die Finanzierung des Europäischen Patentamtes werden beispielsweise im Antrag gar nicht berücksichtigt. Durch die Ausgrenzung fühlen wir uns nicht mehr an den bisherigen Kompromiss gebunden und werden dem Bundestag einen eigenen Antrag mit unseren Positionen zur Abstimmung vorlegen. So fordern wir die Bundesregierung auf, sich für ein weltweites Verbot der Patentierung von Leben einzusetzen.“

## Termine

### Sprechstunden Bürgermobil von Torsten Krause

#### *ungerade Kalenderwochen:*

**montags** von 15.00 – 16.30 Uhr Lychen, Markt und von 16.45 – 18.15 Uhr Boitzenburg, Kaufhalle

**dienstags** von 15.00 – 16.30 Uhr Templin, Markt und von 17.00 – 18.30 Uhr Zehdenick, Markt

**donnerstags** von 15.00 – 16.30 Uhr Fürstenberg, Markt und von 17.00 – 18.30 Uhr Gransee, Kirchplatz

#### *gerade Kalenderwochen:*

**mittwochs** von 09.00 – 10.15 Uhr in Lychen, Markt und von 10.45 – 12.00 Uhr in Boitzenburg, Kaufhalle

**donnerstags** von 09.00 – 10.15 Uhr in Fürstenberg, Markt und von 11.00 – 12.15 Uhr in Zehdenick, Marktplatz

**freitags** von 08.45 – 10.00 Uhr in Gransee, Kirchplatz und von 10.45 – 12.00 Uhr in Templin, Marktplatz

**21.02.2012** um 18.30 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes Straßburger Str. 24 in Oranienburg

**27.01.2012** Gedenkveranstaltungen in Ravensbrück Beginn 10.00 Uhr und Sachsenhausen Beginn 11.00 Uhr

**25.02.2012** ab 9.00 Uhr Umzug der der Geschäftsstelle von der Straßburger Straße in die Bernauer Straße 71

**19.03.2012** Früh-LINKS-empfang und Eröffnung Wahlkreisbüro und Geschäftsstelle in der Bernauer Straße 71